

Bundesvoranschlag 2009/10 und Finanzrahmen 2009 bis 2013

Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, von der auch Österreich betroffen ist, schafft für die Budgetpolitik die schwierigsten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit Jahrzehnten. Das Doppelbudget 2009/10 ist dem aus heutiger Sicht absehbaren Konjunkturverlauf angemessen: Es sieht deutliche Ausgabenerhöhungen vor und lässt sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite die automatischen Stabilisatoren wirken.

Gemäß Bundesvoranschlag 2009/10 sowie dem mittelfristigen Finanzrahmen 2009 bis 2013 steigt das Maastricht-Defizit des Gesamtstaates 2009 auf 3,5% des BIP und beträgt 2010 sowie in den folgenden Jahren 4,7% des BIP. Erst 2013 wird mit einem Rückgang (auf 3,9% des BIP) gerechnet. Dementsprechend erhöhte sich die gesamtstaatliche Schuldenquote deutlich. Konnte sie 2007 erstmals seit 1992 unter die Maastricht-Grenze von 60% des BIP gesenkt werden, so wird sie bis zum Jahr 2013 auf 78,5% des BIP zunehmen.

Wie die Entwicklung des strukturellen (konjunkturbereinigten) Defizits in den nächsten Jahren zeigt, geht diese Verschlechterung der Verschuldungssituation nicht allein auf den Konjunkturunbruch und das auch anschließend mäßige Wirtschaftswachstum zurück: Das strukturelle Defizit wird von 1,3% des BIP 2008 auf 2,9% des BIP 2009 und in den Folgejahren auf etwa 3,8% des BIP steigen und erst 2013 wieder leicht (auf 3,3% des BIP) zurückgehen. Zum strukturellen Defizit tragen nicht nur dauerhaft wirkende Maßnahmen wie die zur Konjunkturbelebung in das Jahr 2009 vorgezogene Steuerreform bei, sondern auch weitere einnahmen- und ausgabenseitige Maßnahmen. Unbefristete und teilweise steigende Belastungen bringen insbesondere die Beschlüsse des Nationalrates vom 24. September 2008 und das "Anti-Teuerungspaket" vom Frühjahr 2008.

Der Konjunkturunbruch und die mittelfristig mäßige Wachstums-Performance schlagen sich in einem Rückgang der Einnahmen- bzw. Abgabenquoten und einem Anstieg der Ausgabenquoten nieder. Das von der Europäischen Kommission für 2010 prognostizierte Maastricht-Defizit von 5,7% des BIP ist in Österreich günstiger als im EU-Durchschnitt. Andere kleine EU-Länder – insbesondere die skandinavischen Länder –, die die Jahre guter Konjunktur vor Ausbruch der Krise stärker zur Budgetkonsolidierung genutzt haben als Österreich, werden allerdings 2010 ein deutlich niedrigeres Defizit aufweisen. Die Schuldenquote ist in Österreich mit 75,2% des BIP im Jahr 2010 ebenfalls unterdurchschnittlich. Beinahe alle EU-Länder haben defiziterhöhende Konjunkturbelebungsmaßnahmen umgesetzt. Mit einem Volumen der Konjunkturpakete von jeweils 1,8% des BIP liegt Österreich 2009 und 2010 an zweiter Stelle in der EU 27. Insgesamt machen die Konjunkturpakete der EU-Länder 2009 1,1% und 2010 0,7% des EU-BIP (EU 27) aus.

Mittelfristig steigt der Anteil der Transferausgaben des Bundes an den gesamten Bundesausgaben (von 35,6% 2000 auf 41,7% 2010). Ein wachsender Teil des Bundesbudgets wird auch für die Pensionsausgaben des Bundes aufgewendet: Entfielen 2000 noch 18,3% der Ausgaben (netto) auf Pensionen, so werden es 2010 22,8% sein. Die Ausgaben für Bildung, Forschung, Infrastruktur und Familien – wachstums- und beschäftigungspolitisch besonders wichtige Ausgabenkategorien – wachsen seit 2000 überdurchschnittlich. Gemessen am BIP gewinnen die Ausgaben für Forschung und Familien an Gewicht, während jene für Bildung und Infrastruktur stagnieren. Das Maßnahmenpaket zur Sicherung und Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes umfasst u. a. Rekapitalisierungsmaßnahmen (Partizipationskapital und Kapitaltransfers bis zu 15 Mrd. €) sowie Staatshaftungen (bis zu 65 Mrd. € für Banken und 10 Mrd. € für Unternehmen). An Partizipationskapital wurden mit Stand Ende Juni knapp 4,9 Mrd. € in Anspruch genommen, an Haftungen 15,8 Mrd. €.

Langfristig steigt der Anteil der Lohnsteuer an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (ab 2010 knapp 32%). Die Umsatzsteuer ist mit etwa 34% der Einnahmen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben die aufkommensstärkste Steuer. Die Einnahmen aus Gewinnsteuern werden durch die Krise merklich gedämpft. Wie die Entwicklung der gesamten Abgabeneinnahmen (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) zeigt, bestehen die in den letzten Jahren wiederholt festgestellten und wegen ihrer Wachstums- und Beschäftigungsfeindlichkeit kritisierten Strukturunterschiede gegenüber dem EU-Durchschnitt fort. Hatten die Abgaben auf Arbeits-einkommen 2007 mit gut 40% des Gesamtabgabenaufkommens ein überdurchschnittliches und wachsendes Gewicht, so sinkt der Finanzierungsbeitrag der vermögensbezogenen Steuern auf 1,4% der gesamten Abgabeneinnahmen. Die diesbezüglichen Maßnahmen des letzten Jahres (Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen, Auslaufen der Erbschafts- und Schenkungssteuer) werden an diesem Sachverhalt grundsätzlich nichts ändern.

Die größte Herausforderung für die Budgetpolitik ist derzeit, die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise abzufedern, auch wenn dafür eine Verschlechterung der Verschuldungsposition in Kauf genommen werden muss. Eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann an mehreren Punkten ansetzen, von denen einige bereits jetzt in Angriff genommen werden sollten. Priorität sollte derzeit die möglichst wachstums- und beschäftigungsintensive Ausrichtung der Budgetpolitik haben, um mittelfristig den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand zu erhöhen. Ebenso sollten die großen Reformprojekte zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor (insbesondere die Verwaltungs- und Staatsreform) jetzt inhaltlich und zeitlich konkretisiert und initiiert werden, um nach dem Ende der Krise die erwarteten Einsparungen erbringen zu können. Auch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene, die den nationalen Staatshaushalt von EU-Beiträgen entlasten könnte, wäre der Zeitpunkt jetzt günstig. Sollte nach der Krise der Konsolidierungsbedarf nicht mit den genannten Maßnahmen gedeckt werden können, wären allerdings auch Steuererhöhungen in ein umfassendes Konsolidierungskonzept mit einzubeziehen. Angesichts der überdurchschnittlichen Abgabenquote und der voraussichtlich geringen Dynamik der Wirtschaft ist der Spiel-

raum hier aber begrenzt. Steuererhöhungen wären jedoch in eine Reform der Abgabenstruktur einzubetten, die Steuervereinfachungen und die Streichung von Ausnahmen enthält, Steuern auf gesamtgesellschaftlich unerwünschte Aktivitäten (Umwelt- und Energieverbrauch, Tabak- und Alkoholkonsum) sowie die Bedeutung vermögensbezogener Steuern (insbesondere Grundsteuer und Vermögenszuwachssteuer) stärkt und das Gewicht der Abgaben auf die Arbeit reduziert.

Wien, am 27. August 2009.

Rückfragen bitte an Dr. Margit Schratzenstaller, Tel. (1) 798 26 01/204,
Margit.Schatzenstaller@wifo.ac.at.

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 8/2009
(http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=36364&typeid=8&display_mode=2)

Tabellen und Graphiken zu den Presseaussendungen des WIFO finden Sie jeweils auf der WIFO-Website, <http://www.wifo.ac.at/wwa/jsp/index.jsp?&fid=12>.